

II-4306 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

1982 08 30

Z. 11 0502/121-Pr.2/82

2022 IAB

1982-09-01

zu 2024 id

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Parlament
1017 W i e n

Auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.Vw. Josseck und Genossen vom 8. Juli 1982, Nr. 2024/J, betreffend Grenzübergänge zur BRD - Öffnungszeiten, beehre ich mich mitzuteilen:

Zu 1.

Die österreichische Zollverwaltung hat bisher vom angeblichen Vorhaben der deutschen Zollverwaltung, bei den Grenzübergängen Schärding, Passau-Voglaw, Saming, Haibach, Angerhäuser und Schwarzenberg die Öffnungszeiten der deutschen Grenzzollämter einzuschränken, nur durch verschiedene Interventionen - u.a. durch den Gemeinderat der Gemeinde Schardenberg - sowie im Rahmen der schriftlichen Anfragen Nr. 1871/J und 1895/J Kenntnis erhalten. Auf die Beantwortung dieser Anfragen darf ich hinweisen.

Eine offizielle Information von bundesdeutscher Seite liegt bisher nicht vor.

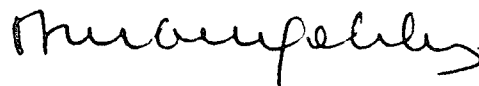
Zu 2. und 3.

Da durch das gegenständliche Vorhaben, sofern es über ein Prüfungsstadium überhaupt hinausgeht, die Zuständigkeiten mehrerer Bundesministerien, insbesondere des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, des Bundesministeriums für Inneres und des Bundesministeriums für Finanzen, sowie die Interessen des Landes Oberösterreich berührt wären, wurde es bei der XXVI. Sitzung des Beamtenkomitees für Grenzübergänge, in dem auch die Bundesländer vertreten sind, am 15. Juni 1982 erörtert. Als Ergebnis dieser Erörterungen ist festzuhalten, daß

- 2 -

das Land Oberösterreich vorerst hinsichtlich jedes einzelnen Grenzüberganges die Interessenslage abklären und dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten entsprechende Stellungnahmen übermitteln wird. Das Bundesministerium für Finanzen hat zur Unterstützung der Bemühungen des Landes Oberösterreich bereits veranlaßt, daß von den in Betracht kommenden österreichischen Grenzzollämtern bis auf weiteres die Anzahl jener Personen, Personenkraftwagen, Autobusse und Lastkraftwagen gesondert statistisch erfaßt wird, die in den von der bundesdeutschen Sperre bedrohten Nachtstunden ein- und austreten.

Weitere Schritte des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten hängen von den Stellungnahmen des Landes Oberösterreich und vom Ergebnis der statistischen Erhebungen ab.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Bauerfeldt', is centered on the page.